

Die Budgetdebatte im Gemeinderat.

Der Gemeinderat begann heute die Budgetberatung. Vormittags verhandelten noch die Bürgermeister, der Finanzreferent und Dr. Kienböck mit dem Staatssekretär für Finanzen wegen der Finanzlage der Gemeinde Wien. Bei den Verhandlungen wurden zwar nicht alle Forderungen der Gemeinde erfüllt, aber der Staatssekretär mußte doch die Notwendigkeit erkennen, daß der Stadt Wien vom Staat so viel Bewegungsfreiheit gegeben werden müsse, damit sie leben könne. Er verstand sich dazu, der Stadt einige Steuern zu überlassen und ihr für die hohen Kriegsausgaben einen Pauschalbetrag von 140 Millionen Kronen aus Staatsmitteln zuzusagen. Das ist zwar nur ein einmaliger Beitrag, für dessen Ausbringung in den kommenden Jahren die Stadt durch eigene städtische Einnahmen sorgen muß, aber er genügt doch, die Gemeinde vor dem drohenden Bankrott zu bewahren. Durch die Zugeständnisse des Staatsamtes für Finanzen verringerte sich das Defizit für heuer auf 198 Millionen Kronen, die durch eine Kreditoperation beschafft werden sollen. Damit ist die unmittelbare Gefahr für Wien abgemindert; spätestens im nächsten Jahre träte eine ähnliche Situation wie heuer ein, wenn nicht für bedeutende neue Einnahmen der Gemeinde vorgesorgt würde. Doch es ist wenigstens Zeit gewonnen, um die hierfür notwendigen Maßregeln sorgfältig zu erwägen. Aber schon heute erklärte der Finanzreferent, daß die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit nur dann zu dem letzten Mittel einer Steuer auf den Wohnungsaufwand greifen wird, wenn es überhaupt keinen anderen Ausweg mehr gibt. Auch dann sollen die kleinen Wohnungen geschont, die großen Wohnungen der Reichen aber mit aller Schärfe gefaßt werden.

In seinem Referat im Gemeinderat behandelte Breitner in einer großen Rede die Finanzlage der Stadt und die Frage der Sozialisierung. Von den Sozialdemokraten besprochen in der Generaldebatte in großartigen Neben-Vizebürgermeister Emmerling die Verwaltungsreform, Vizebürgermeister Winter das Fürsorgewesen, Grünwald die Arbeiterfragen, Professor Landler das Gesundheitswesen und Kolrdra das Ernährungswesen. Heute kamen auch alle Oppositionsparteien zum Wort; von den Christlichsozialen bereits drei Redner.

Nebst dem Pauschalbetrag hat der Staatssekretär für Finanzen folgende Konzessionen gemacht: Bei der Hauszinssteuer Ueberweisung des Unterschiedes zwischen der 20prozentigen und 26 $\frac{2}{3}$ prozentigen Gebühr; Ueberweisung der ganzen Verzehrungssteuer (sie wird aber fünf Jahre noch vom Staate eingehoben). Weiter wird der Gemeinde die Beteiligung an der Veranlagung der Personaleinkommensteuer zugestanden. Dann die Einhebung einer Gemeindesteuer vom gemeinen Wert der Wiener Liegenschaften, gemäß den Sätzen, wie sie in Deutschland bestehen, so daß die Abgabe nicht den Charakter einer Vermögensabgabe erhält. Weiter das Zugeständnis einer Gemeindeabgabe von Kraftfahrzeugen, wobei gleichzeitig an eine Landesabgabe gedacht wird. Auch wird der Gemeinde die Einhebung von Luxusabgaben eingeräumt. In Würdigung aller Tatsachen hat sich die Gemeinde bereit erklärt, auf Zuschläge zu der Personaleinkommensteuer zu verzichten. Das wurde heute in Verhandlungen der Gemeinderatsmitglieder mit Dr. Schumpeter vereinbart, welche Verhandlungen den Eindruck erweckt haben, daß sich die Regierung ihrer Pflichten gegenüber der Gemeinde bewußt ist.

Den Vorsitz führt Bürgermeister Neumann, zur Verhandlung steht der Hauptvoranschlag für 1918/19. Den Bericht erstattet

Finanzreferent Breitner:

Das Budget, das mit einem Fehlbetrag von mehr als 400 Millionen Kronen abschließt, trägt alle Spuren eines entsetzlichen Krieges, es ist die Folge aller Verwüstung und Zerstörung und Entwertung der Wäute, unter der wir leiden, und wir müssen trachten, alle Kräfte anzuspannen, um zu einer Ordnung und Aufrechterhaltung unserer Finanzen zu gelangen. Wir haben im Laufe der Stadtratsberatungen genau geforscht, ob wir Posten aus dem Budget entfernen oder neue Posten in das Budget aufnehmen können. Besonders für uns Sozialdemokraten ist es

eine sehr schwere und harte Sache

gewesen, Posten abzulehnen wie etwa für das Volksbad für einen Arbeiterbezirk wie Meidling; daß wir es aber dennoch tun mußten, geschah einfach deshalb, weil es einfach nicht möglich ist, bei Berücksichtigung aller berechtigten Wünsche mit irgend einem Budget vor die Öffentlichkeit zu treten, das die ohnehin bestehende Beängstigung nicht noch verschärft hätte. Kinderpielplätze, Schulbauten mußten niedergestellt werden, aber es darf das nicht dahin ausgelegt werden, daß damit ein Urteil gesprochen würde über Wünsche und Forderungen, die berechtigt sind. Wir wollten ein Budget machen, das nur Posten enthält, von denen wir überzeugt sind, daß wir sie im Rahmen unserer Finanzgebarung ausführen können, und für die es gelingt, das Material zu beschaffen. Wenn sich nur ein teilweiser Abbau der Preise geltend macht, wenn wir uns vielleicht durch ein Auslandsanlehen leichter werden bewegen können, werden wir diese Wünsche hervorhoben und aus eigenem Antrieb und freudig in das Budget aufnehmen; andererseits ist es notwendig, daß all die Dinge in dem rechten Maße gemacht werden. Wir waren erfüllt von

schweren Sorgen für die Bedeckung des Defizits

von 401 Millionen Kronen. Diese Sorgen stammen nicht aus den letzten Tagen, sondern sie haben uns seit Wochen und Monaten erfüllt und bereits zwei Vorlagen geeitigt, die deutlich den Stempel unserer Besorgnisse trugen. Wir mußten die Straßenbahntarife verdoppeln und den Gaspreis verdreifachen, wir mußten es tun, weil es sich zeigte, daß, wenn wir diesen Schritt nicht unternommen hätten, wir heute vor einem Defizit stehen würden, das so groß und hoffnungslos gewesen wäre, so daß keine Möglichkeit wäre, für die nächsten Monate die nötigen Geldmittel zu finden. Die Unternehmungen haben wir so weit gebracht, daß sie sich wenigstens einigermassen selbst er-

halten und die Fehlbeträge des vorigen Jahres in absehbarer Zeit aus eigener Kraft tilgen. Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen hat es sich ergeben, daß die Gemeinde eigentlich eine eigene Steuerhoheit nicht besitzt, indem sie mit ihren Einnahmequellen auf die Abhängigkeit von der Staats- und Landesregierung und auf das Gutdunken der Nationalversammlung angewiesen ist. Sie muß das Gebiet zugewiesen erhalten, wo sie ihre Einnahmen beschaffen kann. Wir haben mit der Staatsverwaltung Unterhandlungen geführt,

ihre die Lage Wiens aufklärt und sie gebeten, in dieser Situation uns beizustehen und der Gemeinde Steuerquellen zu verschaffen. Die Unterhandlungen, die heute zum Abschluß gekommen sind, haben ergeben: Seit jeher verlangten wir Personaleinkommensteuernzuschläge wie in Deutschland. In diesem Punkte sind wir auf den Widerstand des Staatsamtes gestoßen. Es war für uns ein schweres Opfer, daß wir sagten, unter den gegenwärtigen Umständen, wo diese Steuer das Rückgrat des Staates bildet, von ihr absteigen zu wollen. Wir haben vorläufig auf diese Zuschläge verzichtet, doch bleibt die endgültige Regelung einer späteren Zeit vorbehalten. Wir haben aber daran das Verlangen geknüpft, daß die Gemeinde in Zukunft bei der Veranlagung der Einkommensteuer mitwirkt und ihr ein gewisser Anteil an dieser Steuer bewilligt wird. Wir haben auch die Forderung erhoben, daß die Stadt Wien an der Kriegsgewinnsteuer teilnimmt sowie an der Vermögensabgabe. Auch in diesen Punkten konnten wir nicht durchdringen, hingegen hat sich der Staatssekretär bereit erklärt, jenen Teil der Wiener Hauszinssteuer, der sich als Unterschied zwischen der 20- und 26 $\frac{2}{3}$ prozentigen Steuer darstellt, der Gemeinde zu überweisen, woraus sich eine Einnahme von 24 Millionen ergibt. Weiter hat er zugesagt, daß die derzeit 12 Millionen betragende Verzehrungssteuer zu verzichten und sie ganz der Gemeinde zu überlassen. Der Einhebungsapparat wird in den nächsten fünf Jahren noch vom Staate bezahlt, der auch die Einhebung besorgt, und für die folgenden fünf Jahre wird eine neue Vereinbarung zu treffen sein. Diese Einnahme, welche infolge der schlechten Marktverhältnisse heute nur 12 Millionen beträgt, könnte in besseren Zeiten 20 Millionen abwerfen. Die Steuer vom gemeinen Wert für Grund- und Hausbesitz wurde ebenfalls zugesagt, jedoch nicht in der Höhe, die einer Vermögensabgabe gleichkäme, sondern die sich in den Grenzen bewegen wie in Deutschland (3 bis 4 Prozent). Auf diese Weise wäre eine Einnahme von weiteren 30 Millionen Kronen gesichert, wobei aber nicht übersehen werden darf, daß diese Steuer hinsichtlich ihrer Veranlagung besondere Schwierigkeiten veranlassen und mit großen Arbeiten verbunden sein wird. Wir werden

auch den Luxus besteuern

und schon in der nächsten Zeit dürfte, sobald eine Vereinbarung mit dem Lande getroffen wird, eine Automobilststeuer eingeführt werden, die ungefähr zwei Millionen Kronen betragen wird. Die Erhöhung der Markt- und Schlachtgebühren könnte uns eine Einnahme von drei Millionen Kronen, die Regulierung der Wädertarife — wobei auf die Besucher der Volkshäuser gebührend Rücksicht genommen werden soll — eine Einnahme von einer Million Kronen bringen. So wird schließlich auch eine kräftige Erhöhung der von den Versicherungsgeellschaften zu zahlenden Feuerversicherungsgebühren eintreten, eine berechtigte Forderung, da doch dank unserer tüchtigen Feuerwehr die Risiken der Gesellschaft minimal sind. Die Erhöhung der Ausgaben unserer Feuerwehr zwingen uns zu Mehrforderungen. Wir berechnen die Einnahmen auf drei Millionen Kronen. Aus all diesen Titeln ergeben sich dauernde Einnahmen von 63 Millionen Kronen. Schließlich sagte uns der Staatssekretär zu, für all die Schäden, die der Stadt Wien durch den Krieg zugefügt wurden — Zerstörung unserer Straßen- und Kanalbauten durch Militärautomobile — und für die schweren Lasten, die die Stadt während des Krieges auf sich nehmen mußte — Auspflasteraktion, Arbeitslosenversicherung etc. — uns

eine Pauschalentschädigung von 140 Millionen Kronen

zu gewähren. Wenn auch die finanziellen Kriegskosten der Gemeinde unvergleichlich größer waren, so müssen wir doch das Entgegenkommen der Staatsverwaltung würdigen. Der Staatssekretär für Finanzen hat uns zwar nur für seine Person die Zusagen gegeben, die erst verfassungsmäßig zu behandeln sind, es wird sich aber sicherlich innerhalb der Nationalversammlung keine Partei finden, die sich der schweren Notlage der Stadt Wien verschließen wird. Wenn wir also dem Gesamtabgang von 401.098.020 Kronen die Einnahmen von 208 Millionen Kronen gegenüberstellen, so ergibt sich ein Defizit von 198 Millionen Kronen, das die Zustimmung des Gemeinderates voraussetzt, im Wege einer Kreditoperation bereinigt werden soll. Für das volle Defizit zu sorgen ist keine Möglichkeit und auch keine bringende Notwendigkeit. Auf Grund des heutigen Budgets können wir doch unser Leben

auf die Dauer nicht

einrichten. Wir können weder mit der Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung rechnen noch auf so phantastische Materialkosten. In letzterer Beziehung verweise ich darauf, daß bei dem jetzigen Bauaufwand eine Wohnung mit zwei Zimmern und Küche in den von der Firma Stiegler und Rous gebauten Häusern 8000 Kronen, in den auf der Schmelz erbauten Häusern 6000 Kronen — dort etwas weniger, weil es gelang, das Material noch im vorigen Jahre zu sichern — an Mietzins kosten würde. Es wäre ganz unmöglich, auf dieser Basis Tausende von Wohnungen herzustellen. Der Magistrat hat einen Vorschlag gemacht auf

Erhöhung der Bindheller,

so daß sie sich selbst abhelfen. Der Magistrat als un-
zu werden, und ist dabei von der Erwägung ausgegangen, daß die Miete das einzige ist, was von der God-
für der Preise noch nicht ergriffen worden ist. Die Verdüsterung
ist dadurch beunruhigt worden. Wir befinden uns aber tatsächlich
in einer entsetzlichen Notlage, sobald wir gezwungen sein werden,
vielleicht auch diesen Weg zu beschreiten. Es sei aber die letzte
Reserve, und nur wenn uns keine andere
Alternative bleibt und wir unserer Verbindlichkeit
nicht nachkommen, wir die Angelegten nicht bezahlen können oder
begonnene Bauten nicht ausführen können, dann werden wir
auch diese letzte Reserve angreifen müssen. Wir werden dies in
einer Form tun, daß diese Maßnahme der Verdüsterung ver-
ständlich und erträglich erscheint. Es muß vor allem
diese neue Abgabe voll und ganz der Gemeinde zufleßen,
ohne jede auch noch so geringe Beteili-
gung der Hausbesitzer. Die Steigerung der Mietzins-
soll nicht schablonenmäßig erfolgen, sie soll eine Art Wohnungs-
aufwandssteuer sein, das heißt die kleineren Wohnungen sollen
möglichst geschont sein und nur jene Leute, welche eine große
und luxuriöse Wohnung haben, sollen sehr stark an-
gefaßt werden. Alle kleinen Wohnungen ausgenommen
ist unmöglich, weil in Wien 73 Prozent der Wohnungen zwei
Zimmer oder weniger haben. Im Zusammenhang mit dieser
Frage steht

die Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes.